



Medienmitteilung

Zürich, 22. Oktober 2026

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Motion zu elektronischen baurechtlichen Verfahren soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Motion betreffend «Kundenfreundliche Einsicht in amtliche Publikationen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 124/2021](#)). Die Kommission für Planung und Bau (KPB) wollte mit der Motion sicherstellen, dass Informationen zu baurechtlichen Verfahren elektronisch und benutzerfreundlich zugänglich sind. Zum Zeitpunkt der Überweisung der Motion durch den Kantonsrat waren dazu bereits zwei Gesetzesvorlagen des Regierungsrates in parlamentarischer Beratung ([5852](#) und [5853](#)). Die Gesetzes- sowie Verordnungsänderungen sind in Kraft bzw. werden am 1. Januar 2027 in Kraft treten.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

STGK: Behördeninitiative für neue Bezirksstrukturen soll abgelehnt werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Behördeninitiative «Für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich» abzulehnen ([KR-Nr. 376/2021](#)). Die Kommission hält es für wichtig, dass die Frage der Bezirksstruktur in regelmässigen Abständen diskutiert wird. Eine Umfrage der Direktion der Justiz und des Innern hat jedoch gezeigt, dass bei den Gemeinden zurzeit kein Bedürfnis nach neuen Bezirksstrukturen besteht. Dies entgegen der ursprünglichen Annahme. Das entspricht auch der Wahrnehmung der Kommission. Sollten einzelne Gemeinden den Bezirk wechseln wollen, zeigt sich die Kommission für einen einmaligen Bezirkswechsel offen.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

KBIK: Mehr Transparenz beim Bildungsrats auch ohne Gesetzesänderung möglich

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend «Transparenz und Interessenbindungen der Bildungsrätinnen und Bildungsräte» abzulehnen ([KR-Nr. 258/2025](#)). FDP, SVP, GLP und Mitte wollten mit einer Änderung des Bildungsgesetzes Transparenz über die Tätigkeiten und Interessenbindungen sowie eine direkte Kontaktmöglichkeit zu den Mitgliedern des Bildungsrates schaffen. Die Kommission ist jedoch der Ansicht, dass sich die nötige Transparenz bereits durch Anpassungen und eine regelmässige Aktualisierung der Website des Bildungsrates schaffen lässt. Die Forderung nach einer direkten Kontaktmöglichkeit erwies sich als wenig praxisnah: Die zentrale, administrierte E-Mail-Adresse stellt sicher, dass Anliegen an die zuständigen Personen weitergeleitet und fehladressierte Anliegen aussortiert werden. Zudem dient sie dem Persönlichkeitsschutz der Mitglieder des Bildungsrates.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61